

Informationsblatt nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung bei Videoüberwachung



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:

Stadt Tettngang, Montfortplatz 7, 88069 Tettngang
Vertreten durch Herrn Bürgermeister Bruno Walter
Telefon: 07542 / 5100 oder E-Mail-Adresse: rathaus@tettngang.de

Kontaktinformationen vor Ort:

Freibad Ried, Riedstraße 22, 88069 Tettngang, Telefon: 07542 / 8324
Herr Michael Martin bzw. der diensthabende Bademeister

Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten:

Herrn Ralph Zöllner per email: datenschutz@tettngang.de oder postalisch unter der oben angeführten Adresse z.Hd. Datenschutzbeauftragter.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Videoüberwachung erfolgt zur Wahrnehmung des Hausrechts, zur Vermeidung von Straftaten sowie zur Beweissicherung bei Straftaten. Rechtsgrundlage der Videoüberwachung ist §18 Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg (LDSG-BW).

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Eine Aufzeichnung erfolgt nur außerhalb der offiziellen Öffnungszeit!
Speicherdauer: 48 Std. Wochentags, 72 Std. am Wochenende, 14 Tage in den Wintermonaten. Es findet in der Regel keine Weitergabe der Daten statt.



Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Baden-Württemberg ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstrasse 10 a, 70173 Stuttgart.